

Stadt Köthen

Stadtratsvorsitzender Georg Heeg

Marktstraße 1-3

06366 Köthen

Marktstraße 1-3
06366 Köthen (Anhalt)

Telefon 03469 / 425290
dielinke-fraktion@koethen-stadt.de

Eingang 13.03.2019
ka.

Köthen, 10. März 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt

Wir stellen folgenden Antrag für die nächste Stadtratssitzung:

- 1. Der Stadtrat befürwortet aktuelle Gesetzesinitiativen und Willensbekundungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt.**
- 2. Der Stadtrat der Stadt Köthen/Anhalt fordert den Landtag sowie die Landesregierung Sachsen/Anhalt auf, dem Beispiel von Thüringen und Bayern zu folgen und die Straßenausbaubeiträge nach §§ 6, 6a KAG LSA abzuschaffen. Die den Kommunen entstehenden Einnahmeausfälle sind aufgrund des Konnexitätsprinzips finanziell aus dem Landeshaushalt zu kompensieren.**
- 3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Landesregierung, den Landtag und den Städte- und Gemeindebund des Landes Sachsen-Anhalt über diesen gefassten Beschluss zu informieren.**

Begründung:

Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten. Nach § 6 KAG LSA erheben die Gemeinden von den Beitragspflichtigen Straßenausbaubeiträge. Die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer sind im Einzelfall sehr hoch und bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Die Erhebung selbst ist aufwendig und damit teuer. Der Unmut der Bürgerinnen und Bürger ist gewachsen und die Akzeptanz für diese Beiträge schwindet

immer mehr. Durch die Abschaffung der Straßenausbeiträge in Bayern und Thüringen haben sich in weiteren Bundesländern Bürgerinnen und Bürger sowie Parteien für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen. Die Fraktion DIE LINKE. hat bereits im November 2018 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichgesetzes vorgelegt, welcher auf die rückwirkende Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 01.01.2019 und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger abzielt. In der Koalition herrscht derzeit Uneinigkeit. Das laufende Gesetzgebungsverfahren muss zügig und erfolgreich abgeschlossen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen brauchen Rechtssicherheit. Deshalb soll mit dieser Resolution eine deutliche Botschaft ausgesandt werden.



i.V. Christina Buchheim (stellv. Fraktionsvorsitzende)

Ronald Maaß

Fraktionsvorsitzender